

Einen realen Zukunftspakt für eine nachhaltige Entwicklung Luxemburgs schmieden!

Mouvement Ecologique stellt "Mecoskop" vor und analysiert Regierungsarbeit

Setzt die Regierung auch tatsächlich um, was sie im Regierungsprogramm im Bereich der nachhaltigen Entwicklung in Aussicht gestellt hat? Dies zu überprüfen, ist das Grundanliegen des "Mecoskop", der in der vergangenen Legislaturperiode vom Mouvement Ecologique eingeführt wurde.

Die Bilanz des "Mecoskop" in Bezug auf die „Leistung“ der vorherigen Regierung war bekanntlich ernüchternd: die Mehrzahl der damals 99 im "Mecoskop" angeführten Maßnahmen in Sachen nachhaltiger Entwicklung wurden in deren Legislaturperiode nicht umgesetzt, eine ganze Reihe sogar nicht einmal angegangen.

Der Mouvement Ecologique erhielt ein sehr positives Feedback auf das "Mecoskop", dies sowohl aus politischen Kreisen wie auch von interessierten BürgerInnen. Das internetgestützte Instrument erlaubt in der Tat, auf anschauliche Art und Weise darzulegen, inwiefern eine Regierung ihren eigenen Ansprüchen und den gegenüber den BürgerInnen gemachten Versprechen auch gerecht wird. Deshalb soll das "Mecoskop" ebenfalls die Arbeit der jetzigen Regierung begleiten.

Aus dem jetzigen Regierungsprogramm hat der Mouvement Ecologique 118 zentrale Versprechen im Bereich „nachhaltige Entwicklung“ zurückbehalten.

Es handelt sich dabei um Maßnahmen in folgenden Politikbereichen:

- Nachhaltige Entwicklung
- Demokratie
- Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Landesplanung
- Wohnungsbau und Denkmalschutz
- Gemeindepolitik
- Natur- und Landschaftsschutz
- Mobilität
- Energiepolitik und Klimaschutz
- Wirtschaft
- Landwirtschaft
- Umweltpolitik
- Wasserwirtschaft
- Gesundheitspolitik

Zur Visualisierung von deren Umsetzung in die Praxis dient jeweils eine Art **Barometer der Umsetzung der Maßnahme im Laufe der Legislaturperiode**. Das MECOSKOP wird selbstverständlich kontinuierlich aktualisiert.

Es werden vier Phasen der Umsetzung unterschieden:



Umsetzung der Maßnahme ist, den vorliegenden Informationen nach, noch nicht in die Wege geleitet



Umsetzung der Maßnahme ist, soweit bekannt, in Vorbereitung



Umsetzung ist in detaillierter Bearbeitung



Umsetzung ist erfolgt

Die „Köpfe“ der Regierungsverantwortlichen stellen jeweils dar, welches Ministerium aufgrund seiner Kompetenzen für die Umsetzung zuständig ist. Da bei bestimmten Punkten aber augenscheinlich die gesamte Regierung betroffen ist, hat der Mouvement Ecologique einige Versprechen auch derart dargestellt.

Neu gegenüber dem „Mecoskop“ der vorherigen Legislaturperiode ist, dass **ebenfalls die Qualität der Umsetzung aus der Sicht des Mouvement Ecologique** - soweit möglich - bewertet wird. Denn es kann durchaus sein, dass ein Versprechen zwar zügig angegangen wurde, die Umsetzung jedoch zumindest aus der Sicht des Mouvement Ecologique höchst problematisch... oder aber auch sehr positiv ist.

Die **Bewertung** der Umsetzung von Maßnahmen erfolgt ausschließlich **auf der Grundlage von öffentlich zugänglichen Informationen**, z.B. Verlautbarungen von politisch Verantwortlichen, von (Vor-)Entwürfen von Gesetzen, Reglementen, der Bearbeitung in Gremien wie u.a. Staatsrat und Abgeordnetenkammer u.a.m.

Der Mouvement Ecologique hat im Rahmen der Bewertung somit *keine* zusätzlichen Nachfragen bei Ministerien und Verwaltungen getätigt: dies wäre zeitlich und personell auch nicht zu bewältigen gewesen. Somit wird sicherlich im Augenblick wohl der Stand der einen oder anderen Maßnahme nicht (ganz) korrekt bewertet werden, was aber am Gesamtbild wohl nicht viel ändern würde. Außerdem ist es ja auch die Aufgabe der Regierung, mittels einer guten Kommunikationspolitik dafür Sorge zu tragen, dass die Öffentlichkeit über den Stand ihrer Arbeit regelmäßig informiert wird. Da eine regelmäßige Überarbeitung des „Mecoskop“ erfolgt, kann eine **Aktualisierung** jederzeit nachgeholt werden.

Nachdem die Regierung nunmehr ein Jahr im Amt ist, kann damit begonnen werden zu überprüfen, ob sie dabei ist, die Umsetzung ihrer Versprechen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung anzugehen. Es gilt dabei erste Tendenzen zu analysieren und vor allem auch Anregungen für die Zukunft zu formulieren.

1. Das Koalitionsabkommen im Bereich “nachhaltige Entwicklung”: durchaus recht ambitiös - eine Reihe von Akzenten wurden schon umgesetzt

Das Koalitionsabkommen enthält **zahlreiche positive Maßnahmen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung. Viele Vorschläge, die der Mouvement Ecologique im Vorfeld der Wahlen vorgestellt hatte, wurden im Koalitionsvertrag aufgenommen**: vom Prinzip der nachhaltigen Entwicklung als verpflichtendes Leitbild der Regierung, der Einführung eines Nachhaltigkeitschecks für politische Entscheidungen, der grundsätzlichen Überarbeitung des Gesetzes betreffend den freien Zugang zu Informationen, der verstärkten Mobilisierung von Bauland innerhalb der Bauperimeter, der Reform der Gemeindefinanzen, der Bestätigung des Vorkaufsrechtes der öffentlichen Hand für gesellschaftlich relevante Projekte bis hin zu klaren Bekenntnissen im Sinne einer Steigerung der Energieeffizienz, der Förderung des präventiven Gesundheits- und Umweltschutzes...

Insofern gibt das Koalitionsabkommen durchaus **Anlass zur Hoffnung**, dass in dieser Legislaturperiode **wichtige Akzente** gesetzt werden könnten. Dies hatte der Mouvement Ecologique auch in seiner ersten Reaktion zum Regierungsprogramm entsprechend gewürdigt.

Immerhin konnte die recht beeindruckende Zahl von 118 Vorgaben des Koalitionsabkommens ins Mecoskop übernommen werden. **Es wurde festgestellt, dass die neue Regierung bereits etwa 54 der darin zurückbehaltenen Maßnahmen in die Wege geleitet hat.**

Dies ist ein Jahr nach Regierungsantritt eigentlich recht positiv zu werten, vor allem auch wenn man bedenkt, dass wohl die eine oder andere Initiative der Regierung beim Erstellen des Mecoskop nicht bekannt war. Wobei bei der Durchsicht der unterschiedlich angegangenen / oder nicht angegangenen Versprechen einige Tendenzen erkennbar sind.

- **Landesplanung und Mobilität** gehören der Einschätzung des Mouvement Ecologique nach, zu den Politikbereichen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung, die besonders konsequent angegangen wurden. Auch wenn die sektoriellen Pläne wesentlich abgeändert werden müssen, ist zumindest eine breite öffentliche Diskussion über die zukünftige Orientierung unserer Gemeinden und Regionen entstanden.
- **EU-Vorgaben** bringen etwas in Bewegung, wenn man sich die Bereiche **Landwirtschaft / Naturschutz** ansieht. Auch hier tut sich vieles, da Luxemburg in Sachen Plan für ländliche Entwicklung, Schutz von Habitaten, Pestizidaktionsplan, Wasserrahmenrichtlinie u.a.m. Verpflichtungen hat, denen wir bis dato nur begrenzt nachkamen und wo besonderer Handlungsbedarf besteht. Die Auflösung des Spannungsfeldes Landwirtschaft - Naturschutz stellt jedoch ohne Zweifel eine prioritäre Herausforderung dar.
- Das Regierungsabkommen beinhaltet einige übergreifende Vorhaben im Sinne einer **nachhaltigen Entwicklung**: so u.a. die Überarbeitung des Planes für eine nachhaltige Entwicklung, die Erstellung von neuen Wohlfahrtsindikatoren oder auch die Verbindung von sozialen und nachhaltigen Zielen (z.B. green jobs). Es ist derzeit noch nicht erkennbar, ob die Regierung diese grundsätzlichere Reflexion über eine nachhaltige gesellschaftliche Orientierung angegangen hat. Diese und andere Grundfragen müssten ja eigentlich - nach Ansicht des Mouvement Ecologique - ein Fundament der verschiedensten Politikbereiche darstellen.

- Auch wenn es einige positive Elemente in der **Klima- und Energiepolitik vor allem auf europäischer Ebene** gibt (z.B. betreffend das Engagement gegen Atomkraft oder für ambitionöse EU-Klimaschutzziele) sind bis dato **auf nationaler Ebene keine grundsätzlichen neuen Akzente** sichtbar. Sei es die Steigerung der Energieeffizienz, der Ausbau der Erneuerbaren Energien oder eine nationale Klimaschutzpolitik, die diesen Namen auch verdient ... reelle Fortschritte lassen hierzulande leider weiter auf sich warten.

In anderen zentralen Politikbereichen - wie z.B. der Kommunalpolitik, der Reform der Gemeindefinanzen, der Reorganisation der Umweltverwaltung u.a.m. - tut sich wohl etwas, was aber nach außen nicht bekannt ist und wo verständlicherweise Reformprozesse auch ihre Zeit brauchen um angegangen zu werden. Dass andere jedoch konsequent angegangen werden, zeigt sich am Beispiel der Reformen auf der Ebene des Denkmalschutzes.

Und das dürfte dann auch eine zentrale Herausforderung der Regierung sein: transparent über die Umsetzung informieren und - soweit wie möglich - auch die Akteure in die Umsetzungspläne involvieren...

2. Förderung einer „démocratie participative“

Die Regierungsparteien sind im Wahlkampf vor allem mit dem Anspruch einer neuen "governance" - einem Ausbau von "**Demokratie und Bürgerbeteiligung**" - angetreten. Es werden in der Tat auch eine Reihe wegweisender diesbezüglicher Neuerungen im Koalitionsabkommen in Aussicht gestellt. So z.B. die Überarbeitung des Gesetzes über den freien Zugang zu Informationen, das Erstellen eines generellen Gesetzes betreffend das Informationsrecht, die Förderung der „*démocratie participative*“, die verstärkte Ausbildung von ModeratorInnen zur Förderung von Beteiligungsprozessen, die grundsätzliche Stärkung der Bürgerrechte.

Fakt ist, dass ein Jahr nachdem diese Regierung im Amt ist, vor allem auch das Nachhaltigkeits- und Infrastrukturministerium versucht, sich verstärkt den BürgerInnen / Interessierten zu stellen. So fanden über die gesetzlich vorgeschriebenen Prozeduren hinaus z.B. eine Reihe von Bürgerversammlungen statt, u.a. zu den sektoriellen Plänen, Mobilitätsprojekten oder auch dem Biotopkataster. Seitens der Regierung sind bekanntlich konsultative Referenden im Jahre 2015 geplant.

Diese sicher positive Entwicklung kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Bereich einer regelrechten Partizipationskultur, d.h. einer Verankerung der Beteiligung *im Alltag* und dies vor allem auch im Laufe von Diskussions- und Entscheidungsprozessen sowie ein wirklicher Austausch mit Akteuren im Nachhaltigkeitsbereich bis dato nur in eher begrenztem Ausmaß erfolgt ist. Tatsache ist, dass die **Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Förderung einer „démocratie participative“**, so wie im Koalitionsabkommen versprochen, **noch kaum angegangen** wurde: es fand z.B. noch kein Austausch über das so wichtige Gesetz betreffend den freien Zugang zu Informationen statt, Pläne über eine gezielte Ausbildung von Moderatoren für Partizipationsprozesse sind noch nicht bekannt, Bürgerrechte wurden noch nicht ausgebaut u.a.m. Vielmehr ist der **Entwurf des sog. Omnibus-Gesetzes (réforme administrative) fast ausschließlich auf wirtschaftliche Interessen ausgerichtet**, eine Aufwertung von Bürgerinteressen wird darin nicht angesprochen, in gewissen Bereichen sogar eher in Frage gestellt (siehe z.B. die „*étude préparatoire* im Rahmen der Flächennutzungspläne). Der Mouvement Ecologique hat hierzu eine detaillierte Stellungnahme verfasst (einzusehen auf: www.meco.lu).

Und auch wenn u.a. das Nachhaltigkeits- und Infrastrukturministerium ein offenes Ohr für Informationsanfragen hat, die z.B. ein Mouvement Ecologique stellt, gibt es generell auf Regierungsebene ein deutliches Defizit an einem strukturierten Austausch im Nachhaltigkeitsbereich. Einige Beispiele, stellvertretend für andere:

- der Aktionsplan Pestizide wurde ohne die vorgeschriebene Konsultierung der Akteure erstellt;
- beim „Plan für ländliche Entwicklung“ (PDR) erfolgte dies, was den Mouvement Ecologique angeht, nur nach wiederholtem Nachhaken;
- es fand im Vorfeld kein Austausch zu nachhaltigkeitsrelevanten Maßnahmen im sog. „Zukunftspak“ der Regierung statt;
- der Entwurf des sog. „Omnibus“-Gesetzes (réforme administrative) wurde zwar mit Patronatsvertretungen, jedoch nicht mit Umweltorganisationen diskutiert;
- von einer anstehenden Steuerreform wird gesprochen, wie jedoch der Begleitprozess erfolgen kann u.a. was die mögliche Einbeziehung von nachhaltigkeitsrelevanten Aspekten angeht, wird nicht angedeutet;
- scheinbar laufen auch Gespräche über die Förderung von „green jobs“: warum hier kein Dialog mit den Akteuren gesucht wird, ist nicht nachvollziehbar.

Die Glaubwürdigkeit dieser Regierung steht und fällt mit ihrem Anspruch auf Dialog und demokratischer Mitsprache, gerade in zentralen Entwicklungsfragen. Insofern ist ein strukturierter Austausch mit den Akteuren im Laufe der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung bzw. mittels einer regelrechten Strategie zum Ausbau der Bürgerrechte und der Beteiligungskultur unabdingbar.

Die Beteiligungskultur braucht über Informationsversammlungen und Pressekonferenzen hinaus einen realen Qualitätssprung!

Der Mouvement Ecologique steht für einen solchen Dialog, so wie auch in der Vergangenheit, zur Verfügung.

Exkurs: Ein strukturierter Dialog setzt jedoch auch eine verstärkte interministerielle Absprache und Zusammenarbeit voraus.

Verstärkte gemeinsame Auftritte von Regierungsvertretern vor der Presse u.a.m. vermitteln durchaus den Eindruck, als ob die interministerielle Absprache – so wie im Regierungsabkommen angekündigt - z.T. verbessert wurde. Die gemeinsame Vorgehensweise verschiedener Ministerien betreffend die „Entwürfe der sektoriellen Pläne der Landesplanung“ stellt z.B. sicherlich einen Fortschritt dar.

Und doch: in essentiellen Dossiers, bei welchen auch verschiedene Interessen im Spiel sind, scheint eine *reelle* Kooperation noch nicht ausreichend gegeben zu sein.

Ein besonders markantes Beispiel ist dabei die bis vor kurzem unbefriedigende Zusammenarbeit zwischen Landwirtschafts- und Nachhaltigkeitsministerium. Der so wichtige Plan für ländliche Entwicklung (PDR), bei welchem immerhin 700 Millionen Euro in den nächsten 7 Jahren für die Landwirtschaft investiert werden, oder aber der Entwurf des Aktionsplanes „Pestizide“ wurden von Landwirtschaftsseite ohne weitergehende Absprache mit dem Umweltministerium erstellt!

3. Reellen „Zukunftspakt für nachhaltige Entwicklung“ in die Wege leiten!

Im Laufe der letzten Wochen wurde von vielen Seiten moniert, dass die Regierung ihre „Zukunftsvorstellungen“ aufgrund des vorgestellten „Zukunftspaks“ bzw. der Budgetdebatten bis dato zu sehr auf die Artikulation von (z.T. umstrittenen) Sparmaßnahmen fokussierte.

Ein reeller „Pakt für die Zukunft“ beinhaltet für den Mouvement Ecologique dynamische Aspekte betreffend die Entwicklung des Landes und wäre dringend geboten. Der Mouvement Ecologique setzt sich für einen „Zukunftspakt nachhaltige Entwicklung“ ein, bei welchem durchaus auch zur Diskussion stehen darf, wie wir in Zukunft eine wirtschaftliche Zukunft sehen, die im Einklang mit sozialen und ökologischen Ansprüchen steht, wie wir Wohlstand definieren wollen...

Notwendig ist eine kohärentere Strategie, welche die grundsätzliche Vorstellung von Luxemburg in 20 Jahren ist, dies im sozialen, ökologischen, sozio-kulturellen und ökonomischen Bereich und welche Instrumente sich unser Land zum Erreichen dieser Ziele gibt.

Diese grundsätzliche Auseinandersetzung über die wirkliche Zukunftsgestaltung, über gesellschaftlich wünschenswerte und anstrebenswerte übergreifende Ziele fehlt leider derzeit noch im notwendigen Ausmaß.

Gesellschaftspolitische Veränderungen sind aber kaum möglich, wenn man *Sparziele* in den Fokus rückt, sondern erfordern eine breite gesellschaftliche Beteiligung an einem Diskurs über *Visionen, gesellschaftspolitische Optionen* und *positive Zukunftsperspektiven*. Aufgrund dieser Vorstellungen, die soweit wie möglich in einem kollektiven Prozess erstellt werden müssen, lassen sich dann wohl auch gesellschaftlich akzeptierte Instrumente umsetzen und angehen.

Grundlegend ist dabei u.a. eine Debatte darüber, wie eine Verknüpfung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes mit Nachhaltigkeitszielen gewährleistet werden kann. Diese absolut zentrale Fragestellung wird weiterhin ausgeklammert, es ist leider ein „weiter wie bisher“ erkennbar. All jene Vorgaben im Koalitionsabkommen in diesem Sinne, wurden - wie bereits erwähnt - scheinbar nicht angegangen (Nachhaltigkeitsindikatoren werden nicht mit ökonomischen Kriterien verknüpft, ein Nachhaltigkeitscheck von Regierungsentscheidungen ist noch nicht operationell, die Erstellung von „Wohlstandsindikatoren“ lässt auf sich warten usw.).

Dass diese Vorgehensweise es schwer hat, Akzeptanz zu finden, zeigen schlussendlich auch die Diskussionen um die Entwürfe der sektoriellen Pläne der Landesplanung, bei welchen viele BürgerInnen bzw. Gemeinden u.a. die hohen Wachstumsziele hinterfragt haben (die letztlich die Grundlage der sektoriellen Planung darstellen). Dies wurde besonders bei den Diskussionen um den sektoriellen Plan Wohnungsbau ersichtlich: viele Gemeinden sehen sich in der Unmöglichkeit, die Auswirkungen eines starken Anwachsens ihrer Bevölkerung finanziell, infrastrukturell bzw. sozio-kulturell zu bewältigen.

Die Regierung hat den großen Verdienst, die Entwürfe der sektoriellen Pläne in die öffentliche Prozedur gegeben zu haben. Damit wurde eine breite Diskussion über die räumliche Entwicklung unseres Landes und seiner Gemeinden ermöglicht, die es in diesem Ausmaß noch nicht gegeben hat. Dass nunmehr - aufgrund einer eher amateurhaften Vorbereitung unter den vorherigen Verantwortlichen - die Diskussion in problematisches Fahrwasser geraten ist, stellt auch eine Chance dar. Auch eine erneuerte Prozedur, mit überarbeiteten Plänen, kann zielführend sein. Vor allem auch wenn, wie es Nachhaltigkeitsminister F. Bausch nun ankündigte, eine reelle Entwicklungsdebatte erfolgen soll. Die Chance nämlich, nicht nur den berechtigten Anliegen von BürgerInnen und Gemeinden (u.a. auch dem Mouvement Ecologique) Rechnung zu tragen, sondern

auch die Grundlage der Pläne aus Nachhaltigkeitssicht zu hinterfragen: das Wachstumsdogma, das auf Dauer das Luxemburger System in Frage stellen könnte. Dass es auf diese Herausforderung keine einfache Antwort geben kann, liegt auf der Hand. Antworten können nicht in einer Politik des „top down“ – wie sie von den vorherigen Verantwortlichen vertreten wurden – sondern nur in einem verstärkten Dialog aller gesellschaftlichen Kräfte liegen.

Der Mouvement Ecologique erachtet es somit als dringend geboten, eine grundsätzliche Reflexion über eine progressive Minderung des Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Wachstum und Sicherung des Sozialsystems auf die Tagesordnung zu setzen und mit allen Akteuren einen realen nachhaltigen Zukunftspakt zu entwickeln.

4. Zentrale Herausforderungen in den Fokus stellen – weitere *strukturelle* Reformen angehen

Wie bereits angeführt, ist eine Analyse aufgrund eines ersten Jahres der Regierungsarbeit nur sehr begrenzt möglich. Der Mouvement Ecologique möchte - neben den schon erwähnten Überlegungen - den Fokus auf eine Reihe weiterer struktureller Herausforderungen richten:

4.1. Nachhaltige Steuerreform angehen

Das Einbeziehen von Nachhaltigkeitsaspekten im Rahmen der geplanten Steuerreform könnte erlauben, an wichtigen Stellschrauben zu drehen, um gesellschaftspolitische Akzente im Sinne der Nachhaltigkeit zu setzen. Dazu zählen: eine verstärkte Verteilungsgerechtigkeit; die höhere Besteuerung von Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung und eine Entlastung des Faktors Arbeit. Die Schaffung einer entsprechenden Begleitgruppe wäre in dieser Hinsicht von großem Nutzen.

4.2. Runder Tisch Landwirtschaft - Schaffung des Kompetenzzentrums „Landwirtschaft“

Das Spannungsfeld Landwirtschaft / Natur- und Umweltschutz kann nur aufgelöst oder gemindert werden, wenn zwei im Koalitionsabkommen angekündigte Maßnahmen kurzfristig angegangen werden:

- * das Einberufen eines runden Tisches „Landwirtschaft und Nachhaltigkeit“ sowie
- * die Schaffung eines landwirtschaftlichen Kompetenzzentrums.

4.3. Beschäftigungspolitik und Nachhaltigkeit zusammenbringen

Mittels einer verstärkten Förderung - über derzeit existierende Instrumente hinaus - in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz, „éco-technologies“, Nachhaltigkeit im Wohnungsbau, regionale Produktion von Lebensmitteln (in denen Luxemburg zu einem großen Teil abhängig ist vom Import) und anderen Sektoren - lassen sich Arbeitsplätze (green jobs) erhalten bzw. ausbauen. Das im Regierungsprogramm angekündigte Gesamtprogramm sollte kurzfristig in Angriff genommen werden.

4.4. Die Entwicklung der Großregion zur Priorität erheben

Die Entwicklung Luxemburgs wird unweigerlich in Zukunft in noch stärkerem Ausmaß mit der Großregion verbunden sein. Die Wachstumsproblematik, mit der damit einhergehenden Zunahme von Grenzpendlern (derzeit mehr als 160.000) und den damit verbundenen enormen

Mobilitätsproblemen, dem stetig steigenden Druck auf dem Wohnungsmarkt, dem steigenden Flächenbedarf u.a. auch an Aktivitätszonen u.a.m. sind *entscheidende* Faktoren für die Lebensqualität nicht nur in Luxemburg. Vielfach werden diese Fragen z.B. im nationalen Plan einer nachhaltigen Entwicklung, den sektoriellen Plänen oder der Landesplanung ausgeklammert. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Grenzregionen in den einzelnen Politikbereichen ist unabdingbar, so wie dies nun ansatzweise im Mobilitätsbereich erfolgt.

4.5. Die Rolle der Gemeinden klären und Reform der Gemeindefinanzen angehen

Im Rahmen der Diskussion über die sektoriellen Pläne wurde das Fehlen eines Dialogs der vorherigen Regierung und des damaligen Landesplanungsministeriums mit den Gemeinden beklagt. Die Frage der Subsidiarität staatlicher und kommunaler Aufgaben muss somit dringend auf die Tagesordnung u.a. in Zusammenhang mit der geplanten Reform der Gemeindefinanzen. Doch auch in anderen Fragen gibt es Klärungsbedarf, so z.B. was die Rolle der Gemeinden im Bereich Naturschutz (und u.a. dem Vorgehen in Sachen Flächenkompensierung anbelangt).

4.6. Politische Bildung endlich auf die Tagesordnung setzen!

Unseren Informationen zufolge ist eine Bestandsaufnahme über die politische Bildung schon unter der vorherigen Regierung in die Wege geleitet worden. Es erscheint dringend geboten, die Schlussfolgerung bzw. die sich daraus ergebenden Vorschläge u.a. in Zusammenhang mit der Reform der Sekundarschulen, auf die Tagesordnung zu setzen. Dies umso mehr, als eine der Referendum-Fragen, welche die Regierung beabsichtigt, 2015 den BürgerInnen vorzulegen, die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre betrifft.

Es geht dabei nicht nur um die klassische „éducation civique“ die sehr stark auf die Vermittlung von Wissen über Institutionen setzt. Gefordert ist vielmehr die Entwicklung von Kompetenzen, um u.a. gesellschaftliche Herausforderungen aus verschiedenen Perspektiven zu analysieren, alternative Lösungsmöglichkeiten zu untersuchen, Einsicht in vernetzte Zusammenhänge zu gewinnen, gesellschaftliche Entwicklungen zu antizipieren....

Eine kompetenzorientierte politische Bildung kann auch eine wichtige Rolle im gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozess spielen und somit die soziale Kohäsion stärken.

4.7. Nationalen Klimaschutz durch Energieeffizienz gewährleisten

Gleich mehrfach wird im Regierungsprogramm der Wille zu einer ambitionierten Klimapolitik sowie einer Energiewende bekräftigt. Vor allem die Energieeffizienz wird zur Priorität erklärt, und man kann nur zustimmen wenn es u.a. heißt, Energieeinsparungen seien der wirtschaftlichste Weg zum Klimaschutz.

Deswegen ist es umso dringlicher, eine Effizienz-Gesamtstrategie für Luxemburg zu entwickeln, die sowohl allen Energieträgern (Erdgas, Erdöl, Benzin, Diesel, Strom...) als auch allen Verbrauchergruppen (Betriebe, Haushalte, Mobilität, Öffentliche Einrichtungen ...) Rechnung trägt. Dies in Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Ministerien und verschiedenen Interessenvertretungen wie u.a. Verbraucherschutz, Handwerker- und Industrieverbänden, Gewerkschaften, sozialen Einrichtungen usw.. Dabei muss auch die Aufgaben- und Kostenverteilung dieser Effizienzstrategie diskutiert werden, damit klar gestellt wird, dass keine Gruppe unverhältnismäßig belastet wird und alle von den mittelfristigen Einsparungen profitieren können.